

Bericht
des Ausschusses für Finanzen
betreffend die
mittelfristige Finanzvorschau der
Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2009-2013

[Landtagsdirektion: L-451/12-XXVI,
miterledigt [Beilage 1774/2009](#)]

Auf Grund der vom Oö. Landtag in seiner Sitzung am 8. November 2001 im Zuge der Einbringung der Oö. Landeskrankenanstalten in die Oö. Gesundheits- und Spitals-AG (gespag) genehmigten Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG ist gemäß Pkt. IV. "Investitions- und Abgangsfinanzierung" die gespag verpflichtet, jährlich bis längstens 15. Oktober eines jeden Jahres, im Rahmen fünfjährig rollierender Vorscheurechnungen den Finanzmittelbedarf für die Investitions- und Abgangsfinanzierung aufzustellen und dem Amt der Oö. Landesregierung - Direktion Finanzen und Abteilung Gesundheit, letzterer zur Wahrnehmung der Wirtschaftsaufsicht gemäß § 30 Oö. KAG - zu übermitteln.

Die Finanzabteilung hat vereinbarungsgemäß zur Wahrung des § 30 Abs. 5 Oö. Krankenanstaltengesetz unter Mitzeichnung der Abteilung Sanitäts- und Veterinärrecht die Vorscheurechnung bis längstens 15.3. des Folgejahres der Oö. Landesregierung als Vorlage an den Oö. Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Gemäß Finanzierungsvereinbarung enthält die Vorscheurechnung jedenfalls für die jeweils nächsten 2 Jahre die konkreten Eckwerte, die für eine detaillierte Genehmigung des Unternehmensbudgets durch die Organe der gespag notwendig sind, und für die darauffolgenden weiteren 3 Jahre die Rahmenvorscheurechnung. Weiters sind allfällige Widmungen von benötigten Gesellschafterzuschüssen einschließlich des Planes der zukünftigen Auflösung von freien Kapitalrücklagen anzuführen.

Das Land Oberösterreich wird sich gemäß Finanzierungsvertrag darum bemühen, dass über die Vorscheurechnung in den jeweiligen Organen, insbesondere Oö. Landesregierung und Oö. Landtag, Beschluss gefasst wird. Dadurch sollen die Organe der gespag in die Lage versetzt sein, rechtzeitig über das Unternehmensbudget der gespag für das jeweils nächste Geschäftsjahr Beschluss zu fassen. Sollte in den Organen des Landes Oberösterreich durch besondere Umstände kein Beschluss über die jährlich rollierende vorgelegte Vorscheurechnung erfolgen, so gelten nicht nur die für die ersten 2 Jahre bewilligten Eckwerte der zuletzt von den Organen des Landes Oberösterreich genehmigten Vorscheurechnung, sondern auch die Rahmenvorschau-rechnung des jeweils nächstfolgenden Jahres, für welches ein solcher Beschluss zu fassen gewesen wäre, als verbindlich. Dies sollte jedoch nur eine außerordentliche Notlösung darstellen.

Durch die jährlich rollierende Aufstellung von 5-Jahres-Vorscheurechnungen und der damit verbundenen Genehmigung der Finanzierungen kann geänderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Bei entsprechender Änderung des angegebenen Mittelbedarfs im Vergleich zu vom Oö. Landtag bereits beschlossenen Ansätzen ist dies in der Vorscheurechnung gesondert anzumerken und in Grundsätzen zu erläutern.

Die mittelfristige Finanzvorschau 2009 bis 2013 der gespag, die für die Jahre 2009 und 2010 die konkreten Eckwerte enthält, ist samt Kommentar der gespag in der Beilage angeschlossen.

Die Gebarung und Finanzierung der gespag zeigen folgende Entwicklung:

**1. Mittelfristige Vorschau auf die handelsrechtliche Gewinn- und Verlustrechnung
(Beträge in Mio. Euro)**

	HR 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Erträge	612,6	647,0	679,8	710,8	728,1	740,5
+/- Planung 08 - 12 *)	9,3	18,4	30,7	23,6	20,1	0,0
in %	1,5%	2,9%	4,7%	3,4%	2,8%	0,0%
+/- zum Vorjahr	36,4	34,4	32,9	30,9	17,4	12,4
in %	6,3%	5,6%	5,1%	4,5%	2,4%	1,7%
	0	0	0	0	0	0
Aufwände	717,4	761,4	796,0	822,7	844,5	866,6
+/- Planung 08 - 12 *)	7,1	23,0	31,2	34,8	36,1	0,0
in %	1,0%	3,1%	4,1%	4,4%	4,5%	0,0%
+/- zum Vorjahr	40,8	44,0	34,6	26,7	21,8	22,1
in %	6,0%	6,1%	4,5%	3,4%	2,7%	2,6%
Auflösung Kapitalrücklagen	14,6	18,9	12,7	33,8	34,3	34,5
Trägerselbstbehalt	43,7	44,1	46,9	51,8	54,5	56,2
Jahresverlust	46,4	51,4	56,5	26,4	27,6	35,5
+/- Planung 08 - 12 *)	-1,8	-0,9	-0,8	11,2	15,9	0,0
in %	-3,8%	-1,7%	-1,3%	73,5%	136,6%	0,0%
+/- zum Vorjahr	-3,8	4,9	5,1	-30,1	1,2	7,9
in %	-7,6%	10,6%	10,0%	-53,3%	4,7%	28,6%

*) am 8. Mai 2008 vom Oö. Landtag beschlossene mittelfristige Planung für die Jahre 2008 bis 2012

In den Aufwänden sind auch die gem. dem Handelsrecht anzusetzenden Abschreibungen für Anlagegüter sowie die Bildung von Rückstellungen für Personal enthalten.

2. Entwicklung der mittelfristigen Finanzierung der gespag - Landesmittel (sh. Pkt. 5. "Abgangsentwicklung gem. Oö. KAG" der mittelfristigen Finanzvorschau 2009-2013, Beträge in Mio. Euro):

	HR 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Abgang, Oö. KAG	270,4	283,2	312,8	345,0	363,2	374,4
+/- Planung 08 - 12 *)	0,0	-16,1	-2,5	-12,0	-14,2	0,0
in %	0,0%	-5,4%	-0,8%	-3,4%	-3,8%	0,0%
+/- zum Vorjahr	22,4	12,8	29,6	32,2	18,1	11,3
in %	9,0%	4,7%	10,5%	10,3%	5,3%	3,1%
	0	0	0	0	0	0
Gemeindenbeiträge	108,2	112,5	125,1	138,0	145,3	149,8
Landesleistung	0	0	0	0	0	0
Landesbeitrag, Oö. KAG	118,5	126,5	140,8	155,3	163,4	168,5
Trägerselbstbehalt, etc.	53,7	52,1	46,9	51,8	54,5	56,2
Investitionszuschüsse	0,0	5,0	0,0	50,2	44,1	31,9
Summe Landesmittel	172,2	183,7	187,7	257,2	262,0	256,6
+/- Planung 08 - 12 *)	13,4	4,1	-1,5	-6,6	-6,5	0,0
in %	5,1%	2,3%	-0,8%	-2,5%	-2,4%	0,0%
+/- zum Vorjahr	27,7	11,5	9,0	69,5	4,8	-5,4
in %	15,2%	6,7%	5,0%	37,0%	1,9%	-2,1%

*) am 8. Mai 2008 vom Oö. Landtag beschlossene mittelfristige Planung für die Jahre 2008 bis 2012

Die Finanzierung des Abganges gem. Oö. KAG erfolgt durch das Land und die Gemeinden ohne Berücksichtigung der AfA-Beträge und der Zuführung an Rückstellungen, da gem. dem Oö. KAG der Abgang auf Grund der tatsächlich anfallenden Ausgaben und Einnahmen übernommen wird, sodass die gespag ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

Investitionen - alternative Finanzierung

(siehe auch Pkt. 5. der mittelfristigen Finanzvorschau der gespag)

a) **Ersatzinvestitionen**

Ersatzinvestitionen sind laufende Investitionen, die gemäß den Bestimmungen des Oö. KAG im Wege der Betriebsabgangsdeckung zu finanzieren sind. Laut der vorliegenden mittelfristigen Finanzvorschau ist bis einschließlich 2010 eine teilweise alternative Finanzierung der Ersatzinvestitionen geplant. Die endgültige Fixierung über alternative Finanzierungen kann erst zu einem späteren Zeitraum erfolgen. Ab 2011 sollen laut mittelfristiger Finanzvorschau der gespag Ersatzinvestitionen wiederum zur Gänze im Wege der Betriebsabgänge finanziert werden.

Über das endgültige Ausmaß dieser Finanzierung wird im Rahmen der Budgetgespräche entschieden. Die Entwicklung der Betriebsabgänge der gespag aus dem laufenden Betrieb, bereinigt um die Ersatzinvestitionen, stellt sich wie folgt dar (Beträge in Mio. Euro):

	HoRe 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Abgang, Oö. KAG	270,4	283,2	312,8	345,0	363,2	374,4
Ersatzinvestitionen	-9,1	-8,0	-17,1	-29,8	-29,9	-29,5
Bereinigter Abgang	261,3	275,2	295,7	315,3	333,2	344,9
bereinigte Steigerung	12,7%	5,3%	7,5%	6,6%	5,7%	3,5%

b) Investitionen für Neu-, Zu- und Umbauten

Für den vom Land als Eigentümer zu finanzierenden Anteil an Investitionen sind bis einschließlich dem Jahr 2010 ebenfalls alternative Finanzierungen geplant. Das Ausmaß der Landeszuschüsse für die in der mittelfristigen Finanzvorschau der gespag vorgesehenen Investitionen für Neu-, Zu- und Umbau ist abhängig von der Finanzsituation des Landes und daher noch festzulegen. Auf Grund der Bestimmungen des Oö. KAG sind allenfalls sich ergebende Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken (im Planungszeitraum: Buchberg - derzeit noch nicht veräußert) zur Finanzierung von Neu-, Zu- und Umbauten zu verwenden und vermindern in diesem Ausmaß den vom Land zu finanzierenden Anteil an den Investitionen.

c) Ausmaß der geplanten alternativen Finanzierung (lit. a und b) aus derzeitiger Sicht (in Mio. Euro)

	bis 2007	2008	2009	2010	Summe
Ersatzinvestitionen	14,5	19,3	15,0	11,4	60,2
Eigentümeranteil	111,6	60,3	59,4	47,8	279,2
Summe Fremdfinanzierung	126,1	79,7	74,4	59,2	339,3

Die von der gespag im Rahmen einer alternativen Finanzierung tatsächlich eingegangenen langfristigen Verbindlichkeiten und Barvorlagen werden im Rechnungsabschluss des Landes als noch nicht fällige Verwaltungsschulden dargestellt. Diese betragen per 31. Dezember 2008 120 Mio. Euro bei den langfristigen Verbindlichkeiten und 76 Mio. Euro bei den Barvorlagen.

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Die beiliegende mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2009 bis 2013, deren Rahmendaten für die Jahre 2009 und 2010 als verbindlich anerkannt werden, wird unter Berücksichtigung und nach Maßgabe der in der Vorlage der Oö. Landesregierung angeführten Erläuterungen bzw. näheren Regelungen genehmigt.

Subbeilage

Linz, am 12. März 2009

Mag. Strugl
Obmann

Dr. Aichinger
Berichterstatler

Mittelfristige Finanzvorschau 2009 - 2013

**Vorlage für das Amt der
Oö. Landesregierung**

**Direktion Finanzen
Direktion Soziales und Gesundheit**

Inhalt

I.	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	3
1.	KOMMENTAR ZUR MITTELFRISTIGEN PLANUNG 2009 BIS 2013	4
1.1.	Ausgangslage und Procedere der mittelfristigen Planung	4
1.2.	Überblick über die wesentlichen Entwicklungen bis 2013	4
1.3.	Hochrechnung des Geschäftsjahres 2008	6
1.4.	Veränderungen der Planungsparameter und Rahmenbedingungen für 2009	7
1.5.	Strategische Entwicklung der Geschäftsjahre bis 2013	10
2.	PLAN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2009 BIS 2013	13
2.1.	Ergebnisübersicht	13
3.	ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN PLANUNGSPARAMETER	14
4.	INVESTITIONEN	16
4.1.	Investitionsübersicht	16
5.	ABGANGSENTWICKLUNG GEM. OÖ. KAG	17

I. Abkürzungsverzeichnis

ARG	Arbeitsruhegesetz
BP	Begleitpersonen
DBD	durchschnittliche Belagsdauer
GR	genehmigter Rahmen
HR	Hochrechnung 2008
IST	Ist-Ergebnis 2007
KA-AZG	Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz
LKF	Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung
Mio.	Millionen
Oö. KAG	Oberösterreichisches Krankenanstaltengesetz
PL	Plan
rel. Punkte	relevante Punkte

1. Kommentar zur mittelfristigen Planung 2009 bis 2013

1.1. Ausgangslage und Procedere der mittelfristigen Planung

Die Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der gespag sieht vor, dass die ersten beiden Jahre der mittelfristigen Planung vom Eigentümer/Oö. Landtag als verbindlicher Rahmen (unter den angenommenen Planungsprämissen) genehmigt werden und die weiteren drei Jahre als grundsätzliche Entwicklung des Unternehmens zustimmend zur Kenntnis genommen werden.

Konkret wurde die aktuell gültige mittelfristige Planung für die Jahre 2008 bis 2012 vom Oö. Landtag am 8. Mai 2008 genehmigt.

In der Finanzierungsvereinbarung ist die Vorlage einer jährlich rollierenden mittelfristigen Planung an den Eigentümer/Oö. Landtag geregelt, die konkret die Jahre 2009 bis 2013 umfasst.

Für den Eigentümer/Oö. Landtag liegt das Geschäftsjahr 2009 als bereits genehmigtes Geschäftsjahr, **aktualisiert um Veränderungen der Planungsparameter** und das Geschäftsjahr 2010 zur verbindlichen Genehmigung vor. Die Jahre 2011 bis 2013 werden zur grundsätzlichen zustimmenden Kenntnisnahme gebracht.

Mit der mittelfristigen Planung 2009 bis 2013 ist auch die Hochrechnung 2008 als ergänzende Managementinformation dargestellt.

In den nachstehenden Abschnitten wird sowohl die Veränderung der Planungsparameter dargestellt und begründet, als auch die zukünftige strategische Entwicklung und die Veränderung zur letzten mittelfristigen Planung erläutert.

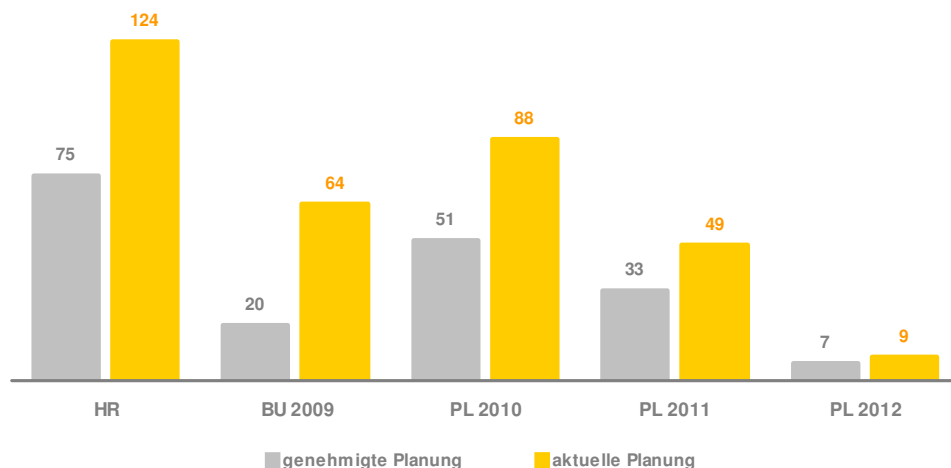
1.2. Überblick über die wesentlichen Entwicklungen bis 2013

Im Folgenden sind die Schwerpunkte aus der Entwicklung bis 2013 sowie wesentliche Veränderungen von Planungsparametern zusammengefasst (in den Punkten 1.4 und 1.5 wird näher darauf eingegangen):

- **Starke Leistungszunahmen** im stationären und ambulanten Bereich führen zu einem hohen Leistungsdruck, erfordern zusätzliche personelle Ressourcen und erhöhen damit deutlich den Personalaufwand;
- **Leistungsmäßige Ausweitungen** durch neue Leistungsangebote in den Bereichen Kinderpsychosomatik, Nuklearmedizin, Stroke Unit, Strahlentherapie, Akutgeriatrie und Palliativmedizin, psychiatrische Tagesklinik;
- Begleitmaßnahme Spitalsreform: **Kein Abbau von rund 20 Betten für Innere Medizin** sowie **Errichtung einer konservativen Kurzzeitstation in Steyr** für den Transformationsprozess im KH Sierning;
- **Nutzung von Synergien** durch die Umsetzung der Strukturprojekte wie der Verlagerung des Zentrums Buchberg nach Gmunden und der Umsetzung neuer Organisationsformen (differenzierte Pflegeeinheiten wie z.B. Familiy-Center-Konzept, Tagesklinik, Kurzzeitstationen, interdisziplinäre Einheiten).

Die aus den vorstehenden Punkten abzuleitenden Konsequenzen für die Stellenentwicklung zeigt die folgende Grafik:

Stellenveränderungen im Vergleich mit dem genehmigten Stand



- **Höhere Gehaltsabschlüsse** und damit deutliche Steigerung beim Personalaufwand mit entsprechender Folgewirkung für die Jahre ab 2009;
- **Ausbildungsoffensive** bei den Schulen und Akademien;
- **Starke Forcierung der Tagesklinik**;
- Überproportionale **Zunahmen in der Onkologie und der Prothetik** (insbesondere in den Bereichen Orthopädie, Unfallchirurgie und Neurochirurgie);
- Hohe **Preissteigerungen bei Energie** (Erdgas **+45%!**) und bei den **Lebensmitteln** (Bioprodukte und Regionalität);
- Die **Mehreinnahmen** aus der **LKF-Modelländerung** sind in die Planung eingeflossen;
- Jährlich **steigende Zusatzbelastung** aus dem **Entfall der Selbstträgerschaft** (Ausgleichszahlung wird nicht valorisiert!);
- **Verlusterhöhung** durch den Wegfall der Einrechnung des **Zinsaufwandes** aus der **Fremdfinanzierung der Eigentümeranteile** an den Investitionen in den Abgang nach Oö. KAG;
- **Fremdfinanzierung eines Großteils der Investitionen** (Ersatzinvestitionen, Eigentümeranteile, LKV-Miete) in den **Jahren bis 2010** führen zu einer **deutlichen Zunahme des kumulierten Bilanzverlustes bis 2013 auf 356 Mio. €** und damit zu einer **Abnahme des Eigenkapitales bis 2013 auf 24 Mio. €**
- Im Planungshorizont ist derzeit keine Tilgung von Fremdmitteln vorgesehen.

1.3. Hochrechnung des Geschäftsjahres 2008

Der 3. Quartalsbericht weist ein Gesamtergebnis (Jahresverlust und Trägerselbstbehalt) in Höhe von -90,1 Mio. € aus und fällt daher um 2,1 Mio. € (-2,3%) günstiger aus.

Der geplante Jahresverlust in Höhe von 48,2 Mio. € wird um 3,8% geringer prognostiziert und resultiert im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung und der daher nicht mehr möglichen Auflösung von Kapitalrücklagen für die Mietzahlungen für das LKH Vöcklabruck, das LKH Steyr und die Landesfrauen- und Kinderklinik in Höhe von in Summe 22,4 Mio. € sowie aus dem Umsatzverlust und Rückgang des Trägerselbstbehaltes aus der Fremdfinanzierung von Ersatzinvestitionen in Höhe von 19,3 Mio. €.

Die wesentlichen Abweichungen werden anhand der Hauptpositionen der Gewinn- und Verlustrechnung im Folgenden erläutert:

Umsatzerlöse

Gegenüber der Planung wird bei den Umsatzerlösen eine Steigerung von rd. 4,9 Mio. € (+ 1,4 %) prognostiziert.

Die höheren Umsätze resultieren im Wesentlichen aus Steigerungen bei den LKF-Gebührenersätzen, den sonstigen Pflegegebühren (positive Entwicklung bei den Justizanstaltspatienten sowie den Selbstzahlern), der Anstaltsgebühr (höherer Sonderklasseanteil) sowie bei den sonstigen Ambulanzgebühren (externe Versorgungen).

Beiträge gem. § 75 Oö. KAG

Die Veränderung zur Planung resultiert aus der durch die Entwicklung der Pflegeetage bedingten Veränderung in der Restverteilung und stellt lediglich eine Verschiebung vom Trägerselbstbehalt dar.

Sonstige betriebliche Erträge

Die höheren Erträge in Höhe von 4,0 Mio. € (+ 12,7%) sind im Wesentlichen auf die Refundierung im Zusammenhang mit der Abschaffung der Selbstträgerschaft zurück zu führen.

Darüber hinaus sind Mehrerlöse bei den Verpflegersätzen (zunehmender Absatz an externe Einrichtungen) sowie aus der Vergütung des Arbeitsmarktservices für Altersteilzeit zu verzeichnen.

Materialaufwand

Wie auch in den letzten Jahren zeigt sich wiederum, dass die Aufwendungen für Material mit einer Steigerung von 5,0 Mio. € (+ 4,7%) überproportional zunehmen.

Analog zum allgemeinem Trend im Gesundheitswesen liegt die Ursache für diese Entwicklung einmal mehr bei den medizinischen Verbrauchsgütern (+ 4,2%), wo höhere Kosten in der Endoprothetik und insbesondere eklatante Kostensteigerungen in der Onkologie zu verzeichnen sind.

Die ausgewiesenen höheren Aufwendungen bei den Medizinischen Fremdleistungen sind auf eine geänderte Darstellung gegenüber der Planung im Zusammenhang mit den gestellten Pflegekräften vom AKh im Zuge der Kooperation zwischen Landesfrauen- und Kinderklinik und AKh-Linz zurück zu führen (demgegenüber stehen Reduktionen im gleichen Ausmaß beim Personalaufwand).

Personalaufwand

Die aktuelle Prognose weist einen höheren Bedarf von 0,3% gegenüber der Planung aus. Die Stellenbesetzung auf Basis der korrigierten Beschäftigten liegt im Jahresschnitt annähernd bei Vollbesetzung.

Zu wesentlich höheren Personalaufwendungen kommt es durch die bundesweite Abschaffung der Selbstträgerschaft. Die daraus resultierenden Mehrkosten für die Krankenanstalten werden im Rahmen des Finanzausgleichs ausgeglichen, wobei für den Monat Mai bereits der DB zum FLAF

in Höhe von 4,5% und auch noch die Auszahlung der Familienbeihilfe vom Dienstgeber vorzunehmen war. Daher kommt es zu einer einmaligen Doppelbelastung im Jahr 2008 in Höhe von rd. 0,9 Mio. €, die aus dzt. Sicht nicht abgedeckt wird. Zusätzlich erhöhen sich durch die nun notwendige Berücksichtigung des DB zum FLAF die Rückstellungen für Urlaub- und Zeitausgleich sowie die Jubiläumsszahlungen in Summe um 2,6 Mio. €. Die Abschaffung der Selbstträgerschaft wirkt sich somit mit rd. 3,5 Mio. € negativ auf das Ergebnis 2008 der gespag aus.

Abschreibungen

Zum aktuellen Zeitpunkt wird mit einer geringfügigen Unterschreitung bei den Abschreibungen in Höhe von 2,4% im Wesentlichen begründet durch zeitliche Verschiebungen bei den Investitionen gerechnet.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Gegenüber der Planung wird ein Mehraufwand von 2,5 Mio. € (+ 2,4%) prognostiziert.

Die wesentliche Veränderung zur Planung ist insbesondere auf den Mehrbedarf bei den sonstigen medizinischen Fremdleistungen, insbesondere durch die Einführung neuer Projekte wie SAP-HR zurück zu führen.

Zu Mehraufwendungen kommt es bei den Instandhaltungen (Fremdleistungen) durch zeitliche Veränderung von Instandhaltungsmaßnahmen in der Landesfrauen- und Kinderklinik sowie durch bereits notwendige Planungen für die Sanierung der bettenführenden Stationen im LKH Gmunden.

Finanzergebnis

Aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung wird derzeit mit einem geringfügig verbesserten Finanzergebnis in Höhe von -0,3 Mio. € gerechnet.

Trägerselbstbehalt

Die Veränderung beim Trägerselbstbehalt steht im Zusammenhang mit der Verschiebung zum Beitrag gem. § 75 Oö. KAG aufgrund der Auswirkungen der Restverteilung.

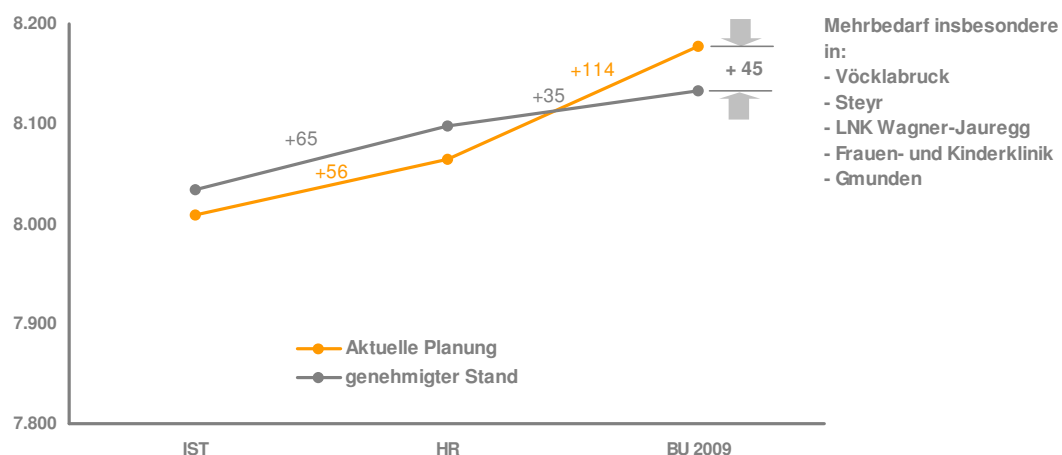
1.4. Veränderungen der Planungsparameter und Rahmenbedingungen für 2009

Gegenüber der vom Oö. Landtag in der mittelfristigen Finanzvorschau genehmigten Rahmenplanung für 2009 ergeben sich für die nunmehr erfolgte detaillierte Budgetplanung folgende **wesentliche Abweichungen bei den Planungsprämissen**:

- **Höhere Lohn- und Gehaltsabschlüsse** (2008 sowie Erwartung 2009) bedingen 2009 und in den Folgejahren um rund **4,7 Mio. €** höhere Personalkosten p.a.;
- Die nicht mehr mögliche Einrechnung des **Finanzaufwandes aus der Fremdfinanzierung der Eigentümeranteile** an den Investitionen in den Abgang nach Oö. KAG und Limitierung der über den Abgang finanzierten Ersatzinvestitionen mit 8 Mio. € führen zu einer **zusätzlichen Verlusterhöhung von rund 1 Mio. €**;
- Starke **Zunahme des medizinischen Verbrauches** durch Leistungssteigerungen einerseits und den medizinischen Fortschritt insbesondere in der **Onkologie, der Prothetik und der Investitionen** andererseits;
- Qualitätsbedingter **starker Anstieg der MR-Diagnostik** in den Standardspitälern und damit deutlich **höhere Fremdleistungskosten**;

Mittelfristige Finanzvorschau 2009 - 2013

- Die **Abschaffung der Selbstträgerschaft** ab 1.6.2008 führt zu einer zusätzlichen Abgangserhöhung von rund 0,8 Mio. €, da die Abdeckung der Mehrkosten für die Krankenhäuser nicht valorisiert wird;
- **Mehreinnahmen** aus der **LKF-Modelländerung**;
- **Hoher Leistungsdruck** in allen Häusern erfordert zusätzliche Stellen und führt zu einer stärkeren Zunahme des Personalaufwandes;



- *Vom Eigentümer, dem Land Oberösterreich wurde im Abstimmungsgespräch zum Budget 2009 als Erwartung für eine Verbesserung beim Abgang nach Oö. KAG ein Volumen von 3 Mio. € und bei den Ersatzinvestitionen ein Volumen von 3,8 Mio. € formuliert. Dieses Potenzial ist in die Budgetplanung 2009 mit der Zusage eingeflossen, eine entsprechende Verbesserung beim Ergebnis (Abgang nach Oö. KAG) und den Investitionen bestmöglich anzustreben.*

Weitere Abweichungen und Planungsparameteränderungen nach den Hauptpositionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind:

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse liegen mit 367,1 Mio. € um 7,5 % über dem genehmigten Rahmen. Hauptverantwortlich dafür zeichnen die LKF-Gebührenersätze, wobei hier insbesondere eine höhere Dotierung des Fondsbudgets, Mehrerlöse aus der LKF-Modelländerung 2009 sowie die höheren medizinischen Leistungen zu entsprechenden zusätzlichen Erlösen führen.

Beträge gem. § 75 Oö. KAG

Die Reduktion der Mittel für die Betriebsabgangsdeckung resultiert aus einer deutlich günstigeren Ergebnissituation gegenüber dem genehmigten Rahmen. Die Nicht-Einrechnung des Finanzaufwandes aus der Fremdfinanzierung der Eigentümeranteile in den Abgang nach Oö. KAG und die Limitierung der über den Abgang finanzierten Ersatzinvestitionen führt zu einem zusätzlichen Erlösausfall und damit auch zu einer Erhöhung des Bilanzverlustes.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Steigerung bei den sonstigen betrieblichen Erträgen um 8,2 Mio. € gegenüber dem genehmigten Rahmen steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Refundierung der Mehrkosten aus dem Entfall der Selbstträgerschaft sowie höheren Verpflegersätzen durch Steigerung des Absatzes an externe Einrichtungen und zusätzlich erwarteten Zahlungen des

Arbeitsmarktservices für Altersteilzeit (dem gegenüber steht jedoch auch ein höherer Dotierungsaufwand im Personalbereich).

Material- und Fremdleistungsaufwand

Der Materialaufwand liegt um 8,1 % über der genehmigten Planung. Verantwortlich dafür sind deutliche Steigerungen bei den medizinischen Verbrauchsgütern durch die bereits erwähnte höhere medizinische Leistung und überproportionale Kostensteigerungen in der Medikation für OnkologiepatientInnen, der medizinische Fortschritt in der Endoprothetik und der Intervention. Darüber hinaus kommt es durch qualitätsbedingte Zunahmen in der MR-Diagnostik sowie marktbedingte Steigerungen im Bereich der Lebensmittel und der Energiekosten (Erdgas + 45%!) zu deutlichen Mehrkosten.

Personalaufwand

Der Personalaufwand liegt um 3,2 % über der genehmigten Planung. Die wichtigsten Gründe dafür wurden bereits bei den Planungsparameteränderungen für 2009 angeführt (höhere Lohn- und Gehaltsabschlüsse, Leistungssteigerungen, Entfall der Selbstträgerschaft). Als weitere Schwerpunkte sind anzuführen:

- Die Einhaltung gesetzlicher Erfordernisse (z.B. Inbetriebnahme neuer Bereiche wie Akutgeriatrie, Kinderpsychosomatik, Strahlentherapie und Palliativmedizin; Einhaltung KA-AZG, ARG und des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes);
- Anpassung an Leistungsentwicklungen und Organisationserfordernisse (z.B. Fachärzteausbildung zur Abdeckung der Leistungssteigerungen und des Fachärztebedarfes; erweiterte Leistungsfelder im Bereich der Neurologie-Stufe B sowie Nuklearmedizin; Leistungssteigerungen in den Ambulanzen, OP- und Anästhesiebereichen, der Psychiatrie; Verbesserung der pflegerischen Versorgung in der Kinderchirurgie und Onkologie; Verlagerung der Akutgeriatrie von Buchberg nach Gmunden und Errichtung einer Tagesklinik)

Abschreibungen

Die Abschreibungen liegen mit 49,1 Mio. € geringfügig um 0,2 % unter der genehmigten Planung. Die zeitliche Verschiebung von Bauprojekten bei Berücksichtigung optimaler Bauzeitpläne führte insbesondere in den Jahren bis 2008 zu einer deutlichen Reduktion des Gesamtinvestitionsvolumens und damit auch der Abschreibungen.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

Beim sonstigen betrieblichen Aufwand kommt es zu einer Erhöhung von 1,4 % gegenüber der genehmigten Planung. Diese begründet sich im Wesentlichen mit erforderlichen zusätzlichen Instandhaltungs- und Sanierungserfordernissen als Begleitmaßnahme zu den Umbauprojekten.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wird auf Grund der etwas geringeren Fremdfinanzierungsanteile in den Vorjahren, bedingt durch die günstigere Ergebnissituation, 1,9 Mio. € unter dem genehmigten Rahmen erwartet.

Im Zusammenhang mit der Darlehensfinanzierung des Abganges durch das Land Oberösterreich kommt es einerseits durch die Stundung der Forderung zu Zinserträgen und andererseits zu Zinsbelastungen durch das Darlehen. Diese Beträge in Höhe von rund 18,9 Mio. € (aus der Darlehensfinanzierung in den Jahren 2006 und 2007) sind brutto darzustellen und ergebnisseitig neutral.

Auflösung von Kapitalrücklagen

Die gegenüber der genehmigten Planung um 6,2 Mio. € höheren Auflösungsbeträge resultieren aus zusätzlichen Investitionszuschüssen des Eigentümers für Investitionen.

Jahresverlust aus dem Geschäftsjahr 2009

Trotz Änderung der Planungsprämissen liegt der Verlust mit 51,4 Mio. € um 0,9 Mio. € unter der genehmigten Planung und resultiert im Wesentlichen aus dem Entfall der Kapitalrücklagenauflösung durch die Fremdfinanzierung der Mietzahlungen für die LKV-Projekte sowie aus dem Umsatzverlust aus der Fremdfinanzierung von Ersatzinvestitionen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die zum Teil beträchtlichen **Änderungen bei den Planungsparametern** (insbesondere höhere Lohn- und Gehaltsabschlüsse, starke Leistungszunahmen und damit zusätzliche Personalerfordernisse, überproportionale Steigerungen in der Onkologie und im Energiebereich) zu den Abweichungen in der Budgetplanung 2009 führen.

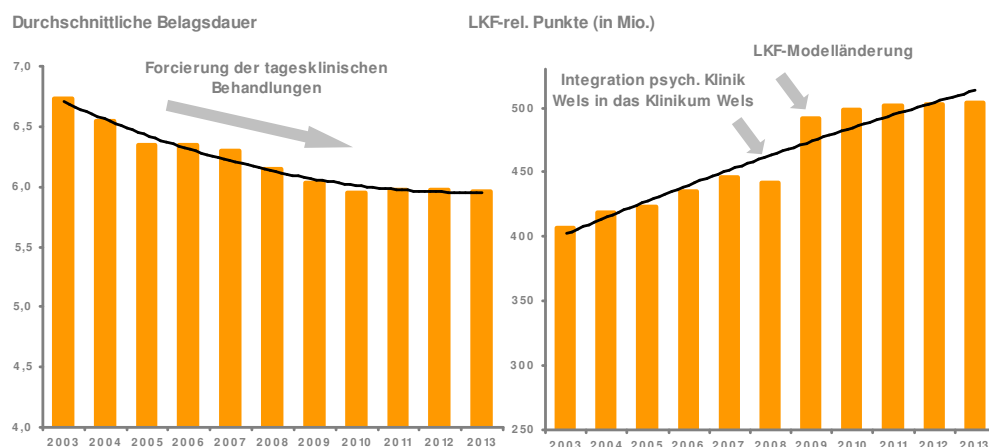
Festzuhalten ist weiters, dass durch die bereits realisierten und eingeleiteten Strukturmaßnahmen und Optimierungen trotz dieser Mehrbelastungen die Mehreinnahmen aus den geänderten Rahmenbedingungen in der LKF-Finanzierung nicht kompensiert werden und damit sowohl der Abgang nach Oö. KAG als auch das Gesamtergebnis (Jahresverlust und Trägerselbstbehalt) gegenüber dem genehmigten Rahmen unterschritten werden können.

1.5. Strategische Entwicklung der Geschäftsjahre bis 2013

Die bereits in den Planungsprämissen für 2009 im Detail dargestellten Änderungen setzen sich zum Großteil auch für den gesamten weiteren Planungszeitraum bis 2013 fort. Die wichtigsten Entwicklungen bis 2013 sind bereits in Punkt 1.1 erläutert worden.

Auf **weitere bedeutende Entwicklungen und Planungsparameteränderungen** wird nachstehend noch näher eingegangen:

- Die **medizinische Leistungserbringung** (in LKF-Punkten) setzt ihren bereits erwähnten Trend fort und liegt, abgesehen von der Modelländerung 2009, über der genehmigten Planung. Das klare Bekenntnis zur **Forcierung tagesklinischer Behandlungen führt aber trotz steigender Fallzahlen zu einem Rückgang der Belagstage;**



- Die Optimierungsmaßnahmen im Energie- und dem sonstigen Facilitymanagement-Bereich können die **Preissteigerungen im Energiebereich** nicht kompensieren;

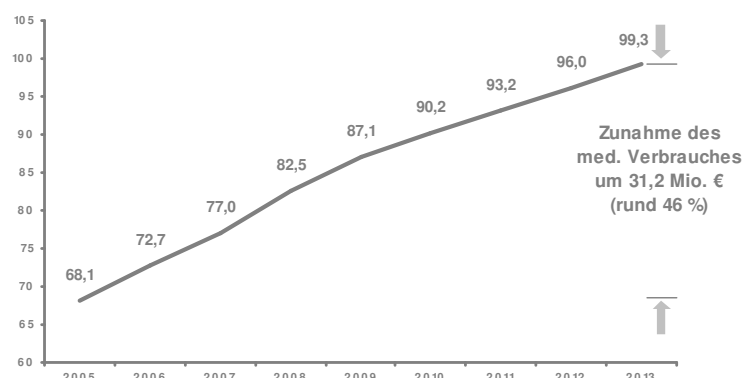
Mittelfristige Finanzvorschau 2009 - 2013

- Im Bereich des **Patientendatenmanagements** führen Qualitätsstandards insbesondere im Bereich der OP-, Anästhesie- und Intensivdokumentation zu zusätzlichen Wartungs- und Upgradekosten;
- Deutlicher Anstieg bei den Abschreibungen aus höheren Investitionsvolumina ab 2009 (Nachzieheffekt aus Vorjahren) und dem Reinvestitionsbedarf insbesondere im med.-techn. Bereich aus den bereits fertig gestellten Neubauten.
- Durch die bereits angeführten **leistungsbedingt notwendigen Stellenbesetzungen** kommt es im gesamten Planungszeitraum zu einer deutlichen Erhöhung des Personalaufwandes: die Schwerpunkte bei den Stellenmäßigen Veränderungen liegen in folgenden Bereichen:
 - ⇒ Erweiterung der Orthopädie in Gmunden
 - ⇒ Palliativmedizin in Steyr
 - ⇒ Akutgeriatrie und Palliativmedizin in Rohrbach
 - ⇒ Akutgeriatrie und psychiatrische Tagesklinik in Schärding
 - ⇒ Nuklearmedizin, Strahlentherapie und Kinderpsychosomatik in Vöcklabruck
 - ⇒ Ausbau Forensik und Erweiterung bzw. Etablierung weiterer tagesklinischer Bereiche in der Landes-Nervenklinik Wagner-Jauregg

Als Valorisierungsfaktoren für den Lohn- und Gehaltsabschluss werden 2009 3 % und von 2010 bis 2013 jeweils 2 % angenommen (in der genehmigten Planung waren jeweils 2 % vorgesehen). Für besoldungsrechtliche Maßnahmen wird generell 1 % p.a. berücksichtigt. Gegenüber der genehmigten Planung kommt es durch die angepassten Valorisierungsfaktoren sowie dem Nachzieheffekt aus dem höheren Lohn- und Gehaltsabschluss 2008 zu einer zusätzlichen Erhöhung des Personalaufwandes im Jahr 2009 in Höhe von 4,7 Mio. € mit entsprechender Folgewirkung in den Folgejahren.

- Die höhere medizinische Leistung hat neben den zusätzlich erforderlichen personellen Ressourcen auch deutliche **Steigerungen beim medizinischen Verbrauch** zur Folge;

Entwicklung der medizinischen Verbrauchsgüter (in Millionen)



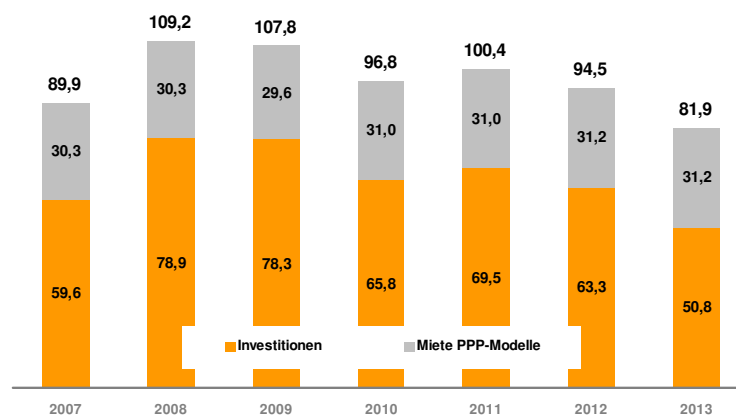
Investitionen

Analog der Festlegung für das Jahr 2009 wird auch im Jahr 2010 eine Finanzierung der Ersatzinvestitionen über den Abgang nach Oö. KAG in Höhe von 8 Mio. € angenommen. Zusätzlich wird analog der bisherigen Regelung als Abgleich für die nicht mehr mögliche Einrechnung des Zinsaufwandes aus der Fremdfinanzierung der Eigentümeranteile an den Investitionen in den Abgang ein zusätzlicher Anteil von 9,1 Mio. € an Ersatzinvestitionen über die Abgangsfinanzierung dargestellt.

Die Eigentümeranteile an den Investitionen werden 2009 und 2010 fremd finanziert; für die Jahre 2011 bis 2013 ist wieder eine Investitionsfinanzierung durch das Land Oberösterreich geplant.

Die Abweichungen zur bisherigen Planung resultieren überwiegend durch Verschiebungen in den Bauzeitplänen. Im Hinblick auf eine antizyklische Investitionspolitik erfolgte eine kritische Durchforstung aller Investitionsprojekte. In den Jahren 2009 bis 2013 sind größere Volumina für folgende Projekte notwendig:

- Fortsetzung der Generalsanierung des historischen Altbaues in der Landes-Nervenklinik Wagner-Jauregg;
- Finalisierung der Neuausrichtung und Neusituierung der Behandlungsabteilung Traun;
- Finalisierung bauliche Zusammenführung des Zentrums Buchberg mit Gmunden;
- Fortsetzung Generalsanierung Bettentrakt in Schärding mit Errichtung einer Akutgeriatrie, psychiatrischen Tagesklinik und einer Krankenpflegeschule;
- Sanierungen und Strukturverbesserungen in Bad Ischl (OP-Bereich, Ambulanzzentrum, Zusammenführung Labor und Blutdepot, Physiotherapie, Werkstätten);
- Generalsanierung in Kirchdorf (OP-Bereich, Intensiv, Ambulanzen, Standardverbesserungen in den Betten führenden Bereichen);
- Finalisierung der Strukturverbesserungen und Zubau in Freistadt (Ambulanzen, Aufwachraum, Sterilisation);
- Finalisierung der Errichtung einer Akutgeriatrie und Palliativstation sowie Standardverbesserungen im OP-, Radiologie- und Ambulanzbereich in Rohrbach;
- Fortführung Nachnutzung der durch die Zubauten frei werdenden Räumlichkeiten in Steyr;
- Weiterfinanzierung der PPP-Modelle Vöcklabruck, Steyr und Landes-Frauen- und Kinderklinik Linz.



2. Plan-Gewinn- und Verlustrechnung 2009 bis 2013

2.1. Ergebnisübersicht

In Mio. €	IST	HR	GR	BU 2009	PL 2010	PL 2011	PL 2012	PL 2013
Umsatzerlöse (Leistungserlöse)	-336,2	-350,1	-341,5	-367,1	-371,9	-374,8	-376,2	-378,2
Beiträge gem. § 75 Oö. KAG	-210,6	-226,7	-254,4	-239,0	-265,9	-293,3	-308,7	-318,3
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	-29,5	-35,8	-32,6	-40,8	-42,1	-42,7	-43,2	-44,0
	-576,2	-612,6	-628,6	-647,0	-679,8	-710,8	-728,1	-740,5
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	101,4	109,6	107,8	116,5	121,0	124,5	128,4	132,3
Personalaufwand	415,9	444,5	458,4	473,0	492,1	510,3	525,7	541,7
Abschreibungen	48,1	48,5	52,9	53,0	56,1	58,5	60,6	62,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	106,7	106,9	106,5	108,0	111,8	112,7	113,0	113,1
Finanzergebnis	4,4	7,8	12,7	10,8	15,0	16,8	16,8	16,8
	676,6	717,4	738,4	761,4	796,0	822,7	844,5	866,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	100,3	104,8	109,8	114,4	116,1	112,0	116,4	126,2
Erträge aus der Auflösung von Kapitalrücklagen	-15,3	-14,6	-12,7	-18,9	-12,7	-33,8	-34,3	-34,5
Trägerselbstbehalt	-37,5	-43,7	-44,9	-44,1	-46,9	-51,8	-54,5	-56,2
Jahresverlust	-47,5	-46,4	-52,2	-51,4	-56,5	-26,4	-27,6	-35,5
Jahresverlust und Trägerselbstbehalt	-85,0	-90,1	-97,1	-95,5	-103,4	-78,1	-82,1	-91,7

3. Zusammenfassung der wichtigsten Planungsparameter

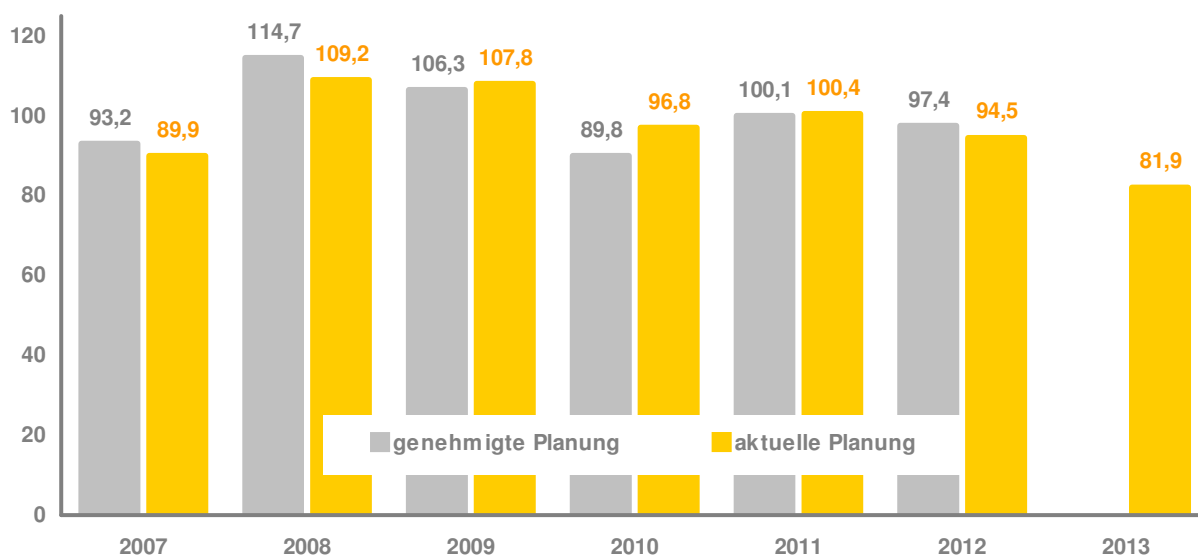
Parameter	BU 2008	BU 2009	PL 2010	PL 2011	PL 2012	PL 2013
Entlassungen	183.848	184.959	0,5%	0,2%	0,1%	0,4%
Belagsdauer	6,06	6,03	-1,4%	0,4%	-0,1%	-1,7%
Begleitpersonentage	38.015	37.230	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Pflegetage gesamt inkl. BP	1.336.405	1.338.299	-0,7%	0,6%	0,0%	0,4%
Investitionen (in Mio. €)						
Gesamtinvestitionskosten	114,7	107,8	96,8	100,4	94,5	81,9
Ersatzinvestitionen über Abgangsdeckung finanziert	7,0	8,0	17,1	29,8	29,9	29,5
Fremdfinanzierung Ersatzinvestitionen	25,2	15,0	11,4			
Invest-Zuschuss Eigentümer Ersatzinvestitionen		5,0				
Invest-Zuschuss Fonds	20,5	20,5	20,5	20,5	20,5	20,5
Fremdfinanzierung Eigentümeranteil	62,0	59,4	47,8			
Eigentümeranteil				50,2	44,1	31,9
Erlöse (in Mio. €)						
4000 LKF-Gebührenersätze	-271,4	-287,5	1,3%	0,6%	0,1%	0,3%
4010 Sonstige Pflegegebühren	-23,1	-24,9	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
4100 Anstaltsgebühr	-13,3	-13,6	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4110 Sonstige Sondergebühren	0,0	-0,1	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4150 Fonds-Ambulanzgebühren	-30,9	-32,9	2,5%	2,5%	2,5%	2,5%
4160 Sonstige Ambulanzgebühren	-4,5	-5,5	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
4200 Honoraranteile	-5,5	-5,7	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4210 Sonst. med. Erlöse	-0,2	-1,1	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
4229 Sonst. med. Erlöse (kostenmindernd)	-0,5	-0,6	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
4250 Betriebsabgangsdeckung	-226,4	-239,0	11,2%	10,3%	5,3%	3,1%
4300 Erlöse für Vorperioden	-0,1	-0,2	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4400 Erlösberichtigungen	4,6	4,9	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
4500 Bestandsveränd. u. akt. Eigenstg.	0,0	0,0	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4650 Erträge aus Anlagenabgang (mit dem BW saldiert)	-0,1	-0,1	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4700 Erträge aus der Auflösung von Personalrückstellungen	0,0	0,0	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4730 Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen	0,0	0,0	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
4809 Veräußerung von Material	-0,5	-0,7	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
4829 Benützungsgebühren	-0,5	-0,5	23,5%	2,4%	3,1%	5,2%
4839 Verpflegersätze	-2,8	-3,5	0,5%	0,9%	0,7%	0,6%
4849 Mieterträge	-2,7	-3,0	0,5%	-2,4%	-3,6%	0,5%
4859 Sonst. betr. Erträge	-3,8	-9,7	1,3%	1,1%	1,0%	1,1%
4870 Übrige Erlöse (nicht kostenmindernd)	-4,6	-4,8	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
4872 Erträge aus Aufl. Sonderposten Investitionsz.	-16,8	-18,5	4,8%	2,6%	1,9%	2,9%
Materialaufwand (in Mio. €)						
5202 Medizinische Verbrauchsgüter	79,2	87,1	3,6%	3,2%	3,1%	3,4%
5203 Nicht medizinische Verbrauchsgüter	2,9	3,0	2,5%	2,5%	2,5%	2,5%
5413 Lebensmittel	7,7	8,8	3,0%	2,8%	2,6%	2,9%
5499 Nachtr. Preisnachlässe a. Materialaufw.	-0,3	-0,3	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
5603 Brenn- und Treibstoffe	0,3	0,3	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
5606 Energie und Wasser	11,2	12,9	6,5%	0,9%	5,0%	0,9%
5704 Med. Fremdleistungen	3,1	4,1	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
5725 Patiententransporte u. sonst. nichtmed. Fremdstg.	0,6	0,6	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%

Parameter	BU 2008	BU 2009	PL 2010	PL 2011	PL 2012	PL 2013
Personal (in Mio. €)						
Lohnabschluss	2,30%	3,00%	2,00%	2,00%	2,00%	2,00%
besoldungsrechtl. Maßn.	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%	1,00%
6001 Löhne	32,7	33,3	3,9%	3,9%	3,2%	3,2%
6011 Schulen u. Akademien, Zuwend. an Schüler	6,4	6,3	15,9%	3,8%	2,4%	0,3%
6200 Aufwand Bildung Personalarückstellungen Angestellte	5,8	7,1	-9,9%	-4,2%	-0,4%	2,6%
6201 Gehälter	300,4	316,2	4,4%	4,1%	3,3%	3,3%
6210 Arztanteile an Ambulanzgebühren	8,3	8,8	2,5%	2,5%	2,5%	2,5%
6300 Bildung bzw. Aufl. Abfertigungsrückstellung	6,0	6,6	-1,5%	0,0%	0,0%	0,0%
6301 Abfertigungen	0,3	0,3	4,8%	3,2%	3,4%	3,0%
6310 Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse	1,1	1,4	3,9%	3,9%	3,2%	3,2%
6400 Aufwand Bildung bzw. Aufl. Pensionsrückstellung	0,0	0,0	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
6401 Pensionen	9,8	10,0	0,2%	-2,8%	-2,9%	-3,0%
6501 Gesetzlicher Sozialaufwand	69,7	80,2	3,9%	3,9%	3,2%	3,2%
6701 Sonst. Sozialaufwendungen	2,4	2,5	3,9%	3,9%	3,2%	3,2%
6707 Sonst. Sozialaufw. (Sachkosten)	0,3	0,3	3,9%	3,9%	3,2%	3,2%
Abschreibungen (in Mio. €)						
7002 GWG, Med. Gebrauchsgüter	0,9	0,8	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7013 GWG, Nichtmed. Gebrauchsgüter	2,8	3,1	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7020 Abschreibungen	46,0	49,1	6,2%	4,4%	3,7%	3,7%
7021 Teilwert-Afa						
7030 Sonderabschreibungen						
Sonstiger betr. Aufwand (in Mio. €)						
7109 Beihilfe gemäß GSBG	-48,5	-53,0	-1,9%	2,9%	-0,8%	-3,4%
7117 Nicht abziehbare Vorsteuer	50,7	55,4	-1,8%	2,8%	-0,8%	-3,3%
7127 Sonstige Steuern und Abgaben	0,1	0,1	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
7203 Instandh. (nichtmed. Verbrauchsgüter)	2,2	2,7	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7205 Instandh. (Fremdleistungen)	18,8	21,6	5,2%	5,4%	2,9%	-3,6%
7215 Gebäudefremdreinigung, Wäschereinigung	11,4	11,8	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7227 Reinigung und Entsorgung	1,8	2,1	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7315 Transp.-, Reise- u. Fahrtaufw., Nachrichtenaufw.	2,8	2,8	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
7407 Miet-, Pacht-, Leasingaufwand	2,8	2,2	11,7%	1,8%	1,8%	1,8%
7415 Lizenzaufwand			0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
7417 Mietaufwand LKV	36,9	36,5	3,9%	0,0%	0,4%	0,0%
7603 Büromaterial, Druckwerke	1,8	1,8	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7707 Versicherungen	3,7	3,8	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7715 Sonst. Nichtmed. Fremdlstg.	14,1	14,0	3,0%	-6,7%	-8,3%	2,5%
7805 Schulen u. Akad., Vortrags- u. Prüfungshon.	0,1	0,1	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7817 Übrige Aufwendungen	4,6	5,0	2,1%	1,0%	1,0%	1,0%
7840 Dotation von sonstigen Rückstellungen						
7850 Forderungsabschreibungen	1,0	1,0	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
7860 Buchwert abgegangene Anlagen						
7870 Verluste aus dem Abgang von Anlagen						
Finanzen, Kapitalrücklagen, Trägerselbstbehalt (in Mio. €)						
8000 Finanzerträge	-18,9	-18,9	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
8100 Finanzaufwendungen	27,1	29,7	14,1%	5,3%	0,0%	0,0%
8950 Auflösung Kapitalrücklagen	-11,1	-15,4	-40,3%	1,3%	5,0%	1,5%
8952 Auflösung Kapitalrücklagen Miete LKV	-3,5	-3,5	0,0%	597,2%	0,2%	0,0%
8960 Verlustabdeckung durch Gesellschafter	-44,0	-44,1	6,3%	10,3%	5,3%	3,1%
8961 restlicher Trägerselbstbehalt						

4. Investitionen

4.1. Investitionsübersicht

in Mio. €	IST	HR	BU 2009	PL 2010	PL 2011	PL 2012	PL 2013
aktuelle Planung	89,9	109,2	107,8	96,8	100,4	94,5	81,9
genehmigte Planung	93,2	114,7	106,3	89,8	100,1	97,4	
Abw eichung	-3,4	-5,5	1,6	7,0	0,3	-3,0	



In den letzten Jahren konnte durch zeitliche Verschiebungen bei den Investitionen unter Berücksichtigung von kostenoptimalen Bauzeitplänen eine deutliche Dämpfung des Investitionsvolumens und damit auch der Fremdfinanzierungsanteile gegenüber der genehmigten Planung erzielt werden. Diese Verschiebungen führen nun durch den Nachzieheffekt zu höheren Investitionsvolumina ab 2009, wobei ein nicht unbedeutender Anteil auf die Konjunktorentwicklung (Baukostenindex!) zurückzuführen ist.

5. Abgangsentwicklung gem. Oö. KAG

	IST	HR	BU 2009	PL 2010	PL 2011	PL 2012	PL 2013
Abgangsdeckung SanR	210,6	226,7	239,0	265,9	293,3	308,7	318,3
Gemeindeanteil am Abgang	-99,2	-108,2	-113,3	-125,1	-138,0	-145,3	-149,8
Landesanteil	111,4	118,5	125,8	140,8	155,3	163,4	168,5
Verlustabdeckung Gesellsch.	37,5	43,7	44,1	46,9	51,8	54,5	56,2
Investitionen	89,9	109,2	107,8	96,8	100,4	94,5	81,9
Ersatzinvestitionen							
in Abgangsdeckung enthalten	16,1	9,1	8,0	17,1	29,8	29,9	29,5
Investitionszuschüsse Eigentümer			5,0		0,0	0,0	0,0
Fremdfinanzierung Ersatzinvestitionen	5,8	19,3	15,0	11,4	0,0	0,0	0,0
Bauprojekte/Großgeräte							
Investitionszuschüsse Eigentümer					50,2	44,1	31,9
Fremdfinanzierung Eigentümeranteil	47,4	60,3	59,4	47,8	0,0	0,0	0,0
Investitionszuschüsse Fonds	20,5	20,5	20,5	20,5	20,5	20,5	20,5
Landesanteil gesamt	148,8	162,2	169,9	187,7	257,2	262,0	256,6
Entwicklung		9,0%	4,7%	10,5%	37,0%	1,9%	-2,1%
Abgang nach Oö KAG	248,0	270,4	283,2	312,8	345,0	363,2	374,4
Entwicklung		9,0%	4,7%	10,5%	10,3%	5,3%	3,1%
Mehraufwände Schulen und Akademien	0,7	1,0	1,8	1,9	2,1	2,2	2,1

Gegenüber der genehmigten Planung wird der Abgang nach Oö. KAG um durchschnittlich 11 Mio. € p.a. im Vergleichszeitraum 2009 bis 2012 deutlich unterschritten.

Die höhere Steigerungsrate 2010 resultiert aus der reduzierten Abgangsbasis 2009 sowie der zusätzlichen Einrechnung von Ersatzinvestitionen in die Abgangsdeckung. Ab dem Jahr 2011 ist wieder eine vollständige Investitionsfinanzierung durch das Land Oberösterreich geplant, wodurch sich die Abgangssteigerung 2011 erklärt.